

PLANZEICHNUNG
ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- ART UND MASS DER NUTZUNG
 - Das Sondergebiet - Ladengebiet gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO dient überwiegend der Unterbringung von Einzelhandelsbetrieben.
 - Zulässig sind: Einzelhandelsbetriebe mit einer Geschosfläche von höchstens 800 qm je Betrieb und höchstens 1.200 qm Geschosfläche insgesamt.
 - Ausnahmsweise können zugelassen werden:
 - Büro- und Räume für freie Berufe;
 - Wohnungen;
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
 - In dem Sondergebiet - Ladengebiet sind nur Nutzungen und Anlagen zulässig, durch die an der nordwestlichen Grenze dieses Gebiets die Lautstärkepegel von tagsüber 50 dB(A) und nachts 35 dB(A) nicht überschritten werden.
 - In den Mischgebieten sind die Vergnügungstätten nach § 6 Abs. 2 Nr. 8 und § 6 Abs. 3 BauNVO nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und 6 BauNVO).
- ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE
 - In den Erdgeschossen ist ein Zurücktreten von Eingängen oder Schaufenstern hinter die Baulinie um höchstens 2,0 m ausnahmsweise zulässig, wenn die Länge der zurücktretenden Bauteile insgesamt nicht mehr als 1/3 der Fassadenlänge des jeweiligen Gebäudes beträgt (§ 23 Abs. 2 BauNVO).
 - In den Mischgebieten und in den allgemeinen Wohngebieten sind Garagen und Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO, soweit es sich um Gebäude handelt, nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig (§ 23 Abs. 5 BauNVO).
- ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN
 - Die in der Planzeichnung festgesetzte Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern im Westen des Sondergebiets - Ladengebiet ist als flächenhaft dichte, hochwachsende Schutzpflanzung aus standortgerechten Laubbäumen und -büschen herzustellen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB).
 - Auf den Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung Parkplatz ist für vier Einsteilplätze mindestens ein standortgerechter, hochwachsender Laubbaum anzupflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB).
 - Auf der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - Fußweg - auf Teilflächen des Flurstücks 213/24 (Amtsstraße) und auf der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - verkehrsberuhigter Bereich - auf Teilflächen der Flurstücke 211/4 und 51/8 (Marktstraße) ist je 200 qm Verkehrsfläche mindestens ein standortgerechter Laubbaum anzupflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB).
- SONSTIGE
 - Für die überbaubare Verkehrsfläche auf dem Flurstück 57/3 (Lange Str. 44) ist eine Lichte Durchdringungshöhe von 3,50 m festgesetzt.
 - Auf den Flächen für besondere Anlagen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes - Immissionsschutzgesetzes sind begrünte Schallschutzwälle mit einer Höhe von mindestens 2,0 m und höchstens 3,50 m über der Bezugsebene zulässig. Bezugsebene ist das arithmetische Mittel zwischen den Höhen der äußeren Eckpunkte der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche - Parkplatz.

PLANZEICHNERKLÄRUNG

- ART UND MASS DER NUTZUNG
- SO Sondergebiet - Ladengebiet
 - WA Allgemeines Wohngebiet
 - MI Mischgebiete
 - MK Kerngebiete
- z.B. 0,4 Grundflächenzahl
- z.B. 10 Geschosflächenzahl
- z.B. 1 Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- z.B. 11 Zahl der Vollgeschosse, zwingend
- BAUWEISE, BAUGRENZEN
- o offene Bauweise
 - g geschlossene Bauweise
- Baugrenze
- Baulinie
- Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- GRÜN- UND FREIFLÄCHEN
- A Öffentliche Grünfläche, Abstandsgrün
- VERKEHRSFLÄCHEN
- Strassenverkehrsfläche
 - Verkehrsfläche besonderer Bestimmung
 - VB Verkehrsberuhigter Bereich
 - F Fußweg
 - P Öffentliche Parkfläche
 - Strassenbegrenzungslinie
- FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN
- Elektrizität
- SONSTIGE FESTSETZUNGEN
- Abgrenzung unterschiedlicher Arten und Maße der Nutzung
 - Abgrenzung unterschiedlicher Zahl der Vollgeschosse
 - Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
 - Flächen für besondere Anlagen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes - Immissionsschutzgesetzes, hier: schallschützende Anlage
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
- NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME
- Einzelanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen

VERFAHRENSVERMERKE

Entwurf des Bebauungsplans
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2533), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl. I S. 885, 1122) und des § 16 und § 27 des Niedersächsischen Baugesetzbuches (NBauGB) in der Fassung vom 22.06.1987 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.1990 (Nds. GVBl. S. 115) hat der Rat der Stadt Rodenberg diesen Bebauungsplan Nr. 27/1 "Marktplatz", bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Aufstellungsbeschluss
Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **28.04.1990** die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 27/1 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am **19.02.1990** öffentlich bekannt gemacht.

Rodenberg, den **19.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Veröffentlichung
Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **28.04.1990** den Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am **02.05.1990** öffentlich bekannt gemacht.

Rodenberg, den **19.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Entwurfänderung
Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **10.02.1990** den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung zugestimmt und die erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am **02.05.1990** öffentlich bekannt gemacht.

Rodenberg, den **10.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Vereinfachte Entwurfänderung
Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **10.02.1990** dem vereinfacht geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt. Dem Beteiligten im Sinne von § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB wurde mit Schreiben vom **10.02.1990** Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum **10.02.1990** gegeben.

Rodenberg, den **10.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Genehmigung
Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **28.04.1990** den Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgeschrieben. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am **02.05.1990** öffentlich bekannt gemacht.

Rodenberg, den **28.04.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Bestimmungsbeschluss
Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **28.04.1990** den Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgeschrieben. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am **02.05.1990** öffentlich bekannt gemacht.

Rodenberg, den **28.04.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Eintragung
Die Eintragung der Genehmigung / Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplans ist gemäß § 12 BauGB am **10.02.1990** im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hannover Nr. **10** bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am **10.02.1990** rechtsverbindlich geworden.

Rodenberg, den **10.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

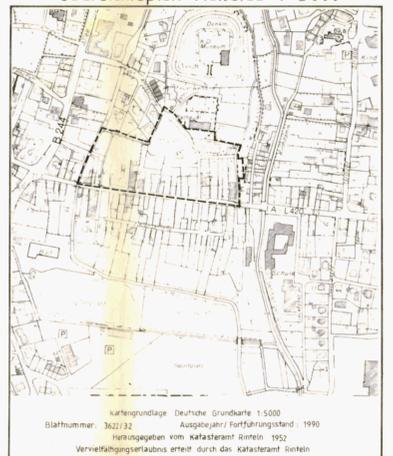
Verfahrens- oder Formvorschriften
Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans ist die Verletzung von verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht geltend gemacht worden.

Rodenberg, den **10.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind Mängel der Abwegung nicht geltend gemacht worden.

Rodenberg, den **10.02.1990**
W. Wieke
Stadtdirektor

Übersichtsplan Maßstab 1:5000



Original

STADT RODENBERG
SANIERUNG "STADTMITTE"
BEBAUUNGSPLAN NR. 27/1
"AMTSPLATZ"
M 1:500